

# Zeitung

57. und 58. Jahrgang.

**Bezugspreise:**  
Der Hefen monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, und die Post monatlich  
8,25 Mark, die halbjährlich 41,75 Mark,  
einmal jährlich 81,25 Mark. Die  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
sonstigen, Zeitungsbezugspreis unter  
einer Zeitung einbezogen. Für  
unverlangt eingehende Nummern  
kann keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der  
Genehmigung der Redaktion ge-  
stattet. Ferner der Geschäftsver-  
trag Nr. 1140 der Reichs-Post-Verord-  
nung Nr. 1133 der Reichs-Post-Verord-  
nung Nr. 1133.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-  
meterzeile über einen Raum 60 Pf.,  
sonstige Anzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtlichen  
Anzeigenstellen. Erfüllungsort  
ist Berlin. Erscheinungstage 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 16, Dr. Braunhauer, 17.  
Halle, Markt 11, Dr. H. H. H. H.  
Wirtschafts- und Markt 24,  
Postfach-Raum Leipzig Nr. 4600

Nr. 124.

Halle, Dienstag den 15. März 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Annahme des Reparationsgesetzes in England.

### Der Anschlag gegen die Siegessäule.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Am 13. März, dem Geburtstag des Kapitänputzsches, ist der Versuch gemacht worden, die Berliner Siegessäule mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Da es Sonntag und Mittagspause war, hätte das Verbrechen, wäre der Anschlag gelungen, zugleich mit dem Denkmal viele Menschenleben vernichtet. Mit die, der Verhinderung mußten die Täter rechnen und haben sie gerechnet. Wer waren sie und was trieb sie?

Zur Stunde weiß man's noch nicht. Was man aber weiß und mit aller Wahrscheinlichkeit empfinden sollte, ist dies: daß hier die, wie man es so schön als nur eine Untat gegen ein Baumwerk und gegen andere Leute Menschen, Ungeschicklicher als das Verbrechen, die sich hier in der Bewegung des Verbrechen.

Wir sind in dem Exploitationsstrater des Weltkrieges mit am hand, abgemischt genug gegen Berlin, zu denen jedes Atomgramm Dynamit genügt die Genehmigung darüber, daß es in die Luft verfliegt, was, verdrängt das Gefühl für das größere Leid eines Zuhörers, der einen solchen Anschlag erst möglich machte. Um das Schreckliche dieser festlichen Verheerung ganz zu verstehen, muß man sich, aus unserer geistig überreizten und abgepannten in ruhiger und dabei, daß unangelegentlichere Jahren verstehen. Wie hätte der Dynamit, der damals gemacht, und wie hätte man ihn genutzt? Vor dreißig Jahren hätte man gesagt: Inrazhiken; und hätte damit die unfaire Behauptung von Renschen herabzuholen, die alles Befehlende, gleichviel, welcher Art, wert fanden, daß es zugrunde geht. Die Behauptung hätte genügt etwas Geheimnisvolles, oder, da sie die Fäden der Tat in der Behauptung einzelner Menschen suchte, hätte sie etwas Menschliches gehabt. Aber man konnte sich das nicht vorstellen, daß man die Täter Franzosen oder Russen ermittelte hätte. Der Mord von Sarajewo die Mafete des Weltkrieges, war nicht länger, nicht sinnbildlicher, als der Mord an ungezählten Spannungen nicht allgemein gültiger, als eine solche Tat es gewesen wäre. Wie leicht hätte der Anschlag dann dort, von der gestürzten Siegessäule, seinen Anfang genommen. Zum mindesten hätte es sich schwer gehalten, die Folgen aus einer französischen Säule oder aus einer in der scharfen rote geforderte Kundgebung des Bedauerns einzuführen. Inwiefern des festlichen Dynamit war angebracht, als daß man die Anwendung des Stoffes nur als einer physischen und feintestlichen Vorgang empfinden hätte.

Nach heute noch, trotz der ungeheuren Entladung, lagern ungeachtete Mengen des Sprengstoffes in den Felsen. Wer auch die Verbrecher waren: sie haben nicht auf einem Einzelnen empfinden gehandelt. Sie wollten ein Symbol zerstören, und es kam ihnen nicht darauf an, Tugend unbedeutender, ihnen gleichgültiger Menschen dabei zu erschlagen. Nur eine aus Mafengültigen herauswirkende Gelinnung, nur kollektiver daß die Arbeit, um einer Kundgebung willen gleichmäßig Menschen zu opfern. Waren es deutsche Panatier, die den Ausbruch einer festlichen Vergangenheit in diesem Punkt, die bedingten, von der geistlichen Parina beruhigten Demoralisierung wollten, so hat man die Verheerung unterstellt, die bis jetzt die Widder des Kaiserlichen Deutschlands und ungelöst ließ. Sind es nur Ausländer, so sollte die Welt an dem Anschlag nicht vorbeistehen, ohne wenigstens einen Augenblick lang vor der Idee des Völkervertrages zu erschauern. Mit Dynamit hanieren gerade jetzt alle Staatsmänner der Verbandsländer, wieviel nicht mühen sie es tun. Aber sie sollten erkennen, wie dicht unter der Oberfläche die Mienen liegen, in denen ganz andere Massen festlichen Sprengstoff angehäuft sind, und deren Explosion nicht einen der Unvorsichtigen verlöschen würde.

### Deutschlands Protest an den Völkerbund.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons hat in seiner Schlußrede auf der Londoner Konferenz mit außerordentlich schmerzlichen juristischen Gründen die als Sanktionen massierten Gewaltmaßnahmen anderer Gegner für unvereinbar mit dem geschriebenen Recht des Friedensvertrages und der Völkerbündnisse bezeichnet. Nimmst hat Deutschland an den Völkerbund selber eine Note gerichtet, in der Deutschlands Protest gegen die neuen Gewaltmaßnahmen festlich zum Ausdruck gebracht wird, in der aber auch an den Völkerbund selber appelliert wird. Man könnte hier einwenden, daß dabei ein Richter in eigener Sache angetreten würde. Tatsächlich ist der Völkerbund in seiner heutigen Form nichts anderes als ein Verein der Sieger mit einem neutralen Zuwachs. Dennoch ist der deutsche Schritt durchaus zu billigen. Es gibt in der weiten Welt ungezählte Menschen, die auch in dieser unvollkommenen Form einer überstaatlichen Organisation einen Fortschritt sehen. Daneben ist auch festzuhalten, daß viele Neutrale es mit ihrer Mitgliedschaft im Völkerbund doch ehrlich meinen. Sie alle müssen jetzt zu dem deutschen Einspruch Stellung nehmen. Es wird dabei immerhin eine ganze Anzahl Vertreter geben, die nicht daran denken, sich mit den reaktionären Gewaltmethoden von London einverstanden zu erklären. Diese, wenn auch verstreut, können werden die Opposition in den allernächsten Ländern bilden, und so wenigstens die Gewaltpolitik in eine moralische Forderung hineinzubringen, die einer Re-

gierung auf die Dauer auch dann nicht gleichgültig sein kann, wenn sie sich auf die Komplizen in einigen anderen Ländern zu stützen vermag.

### Aus dem besetzten Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. März. Ein Sipo-Offizier erhielt 3000 Mark Geld, weil seine Leute einen Besatzungsstrijer nicht grüßten.

Hier sind zwei Abteilungen schwarzer und gelber französischer Truppen eingetroffen, der Schrecken der deutschen Frauen.

### Belagerungszustand in Hamburg.

Die Nachricht, daß die Stadt Hamburg von belagerten Truppen in das neu besetzte Gebiet einbezogen worden sei, scheint nach den hier vorliegenden Meldungen richtig zu sein. Allerdings haben die Militären darauf verzichtet, den Ort selbst mit Truppen zu besetzen, da sie offenbar wegen der radikalen politischen Stimmung der dortigen Arbeiterbewegung einige Besorgnisse haben. Der Belagerungszustand ist aber hier den Ort während worden, ebenso wurde die Aufgabe aller Wäfen bis heute abends 5 Uhr verlangt. Eine Liste aller ehemaligen aktiven und Reserveoffiziere mußte sofort eingereicht werden. Für eine weitere Nachricht aus dem neu besetzten Gebiet, daß es zwischen dem deutschen Polizeistrijer und einem Ententeoffizier zu Tätlichkeiten gekommen sei, in deren Verlauf der Deutsche den Fremden niedergebissen habe, liegt hier noch keine Bestätigung vor.

### Forderungen der Reparationskommission.

Die „Petit Parisien“ mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern verlammt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, das heißt, den Rest der Summe zu begleichen, die nach Ansicht der Kommission noch zu bezahlen ist. Es handelt sich hier um die 20 Milliarden Goldmark. Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden Goldmark seit dem Waffenstillstand an die Alliierten geliefert. Diese jedoch bestritten, daß nur die Summe von 6 Milliarden erbracht sei. Die Reparationskommission würde ferner gemäß Artikel 233 spätestens am 1. Mai 1921 Deutschland den Betrag der Schulden mitteilen, deren Ertrag der Vertrag vorsieht.

### Die Zollgrenze am Rhein.

Nach Mitteilungen aus Paris wird die neue Zollmaßnahme für das Rheinland am 15. März, also heute, in Kraft treten. Die Zollgrenze wird mit der gegenwärtigen Besatzungsgrenze zusammenfallen. Es ist beabsichtigt, etwa 150 internationalisierte Zollstationen zu errichten, deren Aufgabe ist, den Schmuggel zu verhindern und den Warenverkehr der deutschen Zollstationen zuzulassen. Die gegenwärtigen 29 deutschen Zollstationen sollen um weitere 20 vermehrt werden, und es wird nur auf die Wünsche aus dem Rheinland an ein geringer Zoll erhoben werden, während die aus Deutschland nach dem Rheinland eingeführten Waren einem vollen Zoll unterliegen, der in drei Schritten zur Anwendung gebracht werden soll. Es sollen nämlich 25 Prozent 50 und noch einiger Zeit sollen sogar 100 Prozent der deutschen Tarife erhoben werden. Man will dadurch eine Schädigung der rheinischen Wirtschaft verhindern.

### Die Reparationsnot im englischen Unterhause.

Im Unterhause fragte gestern Lodge, ob alle alliierten und assoziierten Regierungen sich damit einverstanden erklärt hätten, von allen Zahlungen, die die Untertanen in dieser Länder an Deutschland leisten, 50 Prozent einzuziehen, und wenn nicht, welche der alliierten Regierungen ihre Zustimmung verweigert oder noch nicht gegeben hätten und in welchen Ländern ein Gesetz eingebracht worden sei, um die Lieferinfant zu vermindern. Lloyd George erwiderte, daß ein Telegramm an die alliierten und assoziierten Mächte geschickt worden sei, die berechtigt seien, an den deutschen Reparationen teilzunehmen, jedoch auf der letzten Konferenz nicht vertreten waren. In diesem Telegramm sei gefragt worden, ob sie bereit seien, eine Gelegentlichkeit einzuführen, die dem Gesetz gewahrt, der gegenwärtig im Unterhause vorliegt, ähnlich sei. Dies Telegramm sei am Sonnabend nachmittag abgehandelt worden und bisher sei darauf noch keine Antwort eingegangen. Lodge fragte, ob die auf der Konferenz vertretenen Mächte zugestimmt hätten. Lloyd George erwiderte: Aber gewiß, es war ein übereinstimmendes Beschluß der Mächte. Lodge fragte weiter: Welche anderen Mächte als Frankreich sind durch die Konferenz verpflichtet und welche anderen Mächte sind durch Telegramm befragt worden? Lloyd George erwiderte: Durch die Konferenz ist überhaupt keine Macht verpflichtet. Sie ist nur verpflichtet durch die Einbringung der Gesetzentwürfe. Die Mehrheit hat jedoch die Deutschland gemachten Vorschläge abgelehnt. Lodge fragte dann: Soll dies belegen, daß bisher die einzige Macht, die durch Gelegentlichkeit verpflichtet ist und die Schritte unternommen hat, Großbritannien ist? Lloyd

George erklärte: Nein, die französische Regierung hat, obwohl ich weiß, bereits Schritte unternommen. Graf Storja ist erst gestern abend abgereist. Er ist noch nicht in Rom eingetroffen und konnte daher keine Schritte unternehmen. Auf die Frage, ob Belgien und Japan daran teilzunehmen, erwiderte Lloyd George: Belgien, Japan, Italien, Frankreich und wir waren auf der Konferenz vertreten und das Ultimatum, das Deutschland gestellt wurde und das diese Vorschläge umfaßte, war von allen fünf Mächten angenommen worden.

Bei Einbringung der deutschen Reparationsbill in zweiter Lesung im Unterhause erklärte Chamberlain, daß die gemeinsame Aktion der Alliierten würde ein so großer Teil des deutschen Handels in Mitteldeutschland zogen werden, daß kein Deutschland nicht erntbar bei der Durchsührung mitwirde oder statt dieser Maßnahme andere einleite, die von den Alliierten angenommen werden könnten, eine wirtschaftliche Blockade Deutschlands befestigen würde, die streng genug sei, um Deutschland zur Veranung (!) zu bringen. Wenn Deutschland denke, England könne nicht ohne die deutschen Waren auskommen, so sei es sehr im Irrtum. Daß er befinde zu einer Personifikation sein würde. Wenn Deutschland sich weigere, die deutschen Exporteure zu entschädigen, so würde das Ergebnis ein Embargo für den deutschen Handel sein durch die Länder, die diese Maßnahme durchführen. Wenn Deutschland mitwirde, so könne sein Handel so gut wie ungehindert weitergehen und die deutschen Reparationsschuldner würden proportional getilgt. Mit Bezug auf den etwaigen Ertrag erklärte Chamberlain, es würden jährlich ungefähr 20 Millionen, doch er nicht genau irgend eine genaue Schätzung geben wollen. (Xenonide Zurufe h. d. Oppol.) Aber er halte es für sicher, daß das britische Reich in jedem Jahr seinen vollen Anteil an der Gesamtsumme der Reparation erhalten würde. Chamberlain wandte sich hierauf gegen die geäußerte Befürchtung, daß der englische Handel mit den Neutralen in gefährlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, und schloß: Es kann keine Einigung oder Abkommen geben, bevor die Deutschen die Schuld anerkannt haben. Es sollte sich daran machen, den angegriffenen Staaten zu reparieren.

### Das Reparationsgesetz in London angenommen.

WTB. London, den 15. März (Drahtmeldung) Das englische Unterhause nahm das Reparationsgesetz in zweiter Lesung ohne nennliche Abstimmung an.

### Aus Oberschlesien.

Im Walde von Paschowitz wurde der deutsche Vp-Hauptmann Luchin erschossen. Er befand sich auf der Fahrt durch den Wald gemeinsam mit dem französischen Hauptmann und dem englischen Kontrolloffizier beim Rückkontrollieren in Wald. In Waldschloß kam es im Anschluß an eine Polenerklärung zwischen Abstimmpolizist und Polen zu einer Schießerei, in deren Verlauf mehrere Polen sowie zwei Abstimmpolizisten getötet und sechs schwerverletzt wurden.

Die ober-schlesischen Großgrundbesitzer veröffentlichten in den ober-schlesischen Blättern folgende Erklärung:

In der Schicksalsstunde unserer Heimat drängt es uns, unsere Treue zum angefallenen Vaterland vor aller Welt erneut zu bekunden. Oberschlesien, durch jahrhundertelange Bande mit dem Deutschen Reiche auf das innigste verknüpft, hat unter seinem Schutz und Schirm sich zu seiner heutigen kulturellen Blüte entwickelt. Dankbar und treu stehen wir weiter zu Deutschland in der Gewißheit, daß — mögen noch so schwere Stürme über das Reich dahinzuströmen, Oberschlesien nur bei Deutschland in geseitigtem Verlehen und gemeinsamer Arbeit einer glücklichen Zukunft entgegengeht. Der Großgrundbesitz des ober-schlesischen Abstimmpolizisten.

### Die Tagung des deutsch-demokratischen Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß der Deutschen demokratischen Partei trat am Sonnabend und Sonntag im Reichstagsgebäude in Berlin zu einer Tagung zusammen, um zunächst die laufendsten Wahlen vorzunehmen, und dann über die Frage der Einigung in Berlin und im Reich, sowie über die aus der letzten Tagung zu erhaltenden: Die Beteiligung aus dem Lande war außerordentlich stark; bereits am Sonnabend vormittag waren weit über hundert Vertreter der Reichsliste und sonstige auswärtige Mitglieber anwesend. In der Sitzung, die am Vormittag durch die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Gerland geleitet wurde, wurde zunächst die Wahl der elf Berliner Mitglieder des Vorstandes vorgenommen. Gemeldet wurden: Fritz Bernhardt, sowie die Herren Ag. Dr. Böhm, Minister Fischel, Ag. Fischer, Dr. Franzfurter, Bestger, Kahlhoff, Geheimer Justizrat Komper, Minister Roth, Ag.

